




Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: 'Sachsen-Anhalt braucht keinen neuen Tagebau'

Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: "Sachsen-Anhalt braucht keinen neuen Tagebau" Die Ergebnisse einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin) zeigen, dass die Bedeutung der Braunkohleverstromung abnimmt. Der Neubau von Braunkohlekraftwerken wird sogar unwirtschaftlich, weil es immer mehr kostengünstigere Erneuerbare Energie gibt und ab dem Jahr 2013 die Zertifikate für den Emissionshandel gekauft werden müssen. Die klare Aussage des DIW sollte auch für Sachsen-Anhalt richtungsweisend sein. Wir brauchen weder ein neues Braunkohlekraftwerk Profen noch einen neuen Tagebau Lützen. Die DIW-Ergebnisse decken sich mit der Kritik an der Stromexportstrategie der Landesregierung, die heute von Verbänden der Energiewirtschaft im Wirtschaftsausschuss vorgetragen wurde: Obwohl die Landesregierung angibt, dass bereits im Jahr 2030 96 Prozent des Strombedarfes durch Erneuerbare Energien gedeckt werden kann, will sie über viele Jahrzehnte an der Braunkohleverstromung festhalten. Und das obwohl mit einem neuen Kraftwerk die CO2-Emmissionen jährlich um zwei Millionen Tonnen steigen würden - während wir diese deutschlandweit um 20 Millionen Tonnen senken müssen. Das passt nicht zusammen!", kritisiert die energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dorothea Frederking. So würden die gesetzten Klimaschutzziele in jedem Fall verfehlt. "Das Überleben der Menschheit steht auf dem Spiel. Wir müssen jetzt den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen konsequent minimieren." Auch in Sachsen-Anhalt verliert die Braunkohle kontinuierlich an Bedeutung. Ihr Anteil an der Nettostromerzeugung lag 2011 nur noch bei 29 Prozent, der Wert für die Erneuerbaren Energien hingegen schon bei 44 Prozent. Ebenso sieht es bei den Arbeitsplätzen aus: Arbeiteten im Mitteldeutschen Raum 1990 noch 46.000 Menschen im Braunkohlebergbau, so sind es heute nur noch 2500. In Sachsen-Anhalt gibt es im energetischen Bereich der Braunkohlenindustrie aktuell 1400 Arbeitsplätze - demgegenüber stehen 24.000 Beschäftigte bei den Erneuerbaren Energien. Frederking: "Alle, die an der Braunkohle festhalten, haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt: Betriebswirtschaftliche Einzelinteressen dürfen unsere Lebensgrundlagen nicht zerstören. Regionen, in denen es immer noch Bergbau gibt, brauchen Hilfe, sodass sie sinnvoll umsteuern und ihren Beitrag zur Energiewende leisten können. Denkbar sind innovative Pilotprojekte. Ich denke hier beispielsweise an den Bau von Energiespeichern." Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt Domplatz 6-9 39104 Magdeburg Telefon: 0391/560-4008 Telefax: 0391/560-4006 Mail: udo.mechenich@gruene.lt.sachsen-anhalt.de  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=515790 width="1" height="1">

Pressekontakt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

39104 Magdeburg

udo.mechenich@gruene.lt.sachsen-anhalt.de

Firmenkontakt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt

39104 Magdeburg

udo.mechenich@gruene.lt.sachsen-anhalt.de

www.gruene-fraktion-sachsen-anhalt.de